der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 08 / 2013 www.spd-nuernberg.de

Wahlen 2013
Zeit für den Wechsel
Mehr Gerechtigkeit mit der SPD - in Bayern und im Bund!
Seiten 2 bis 5

Interview
Angebot an die Wirtschaft der Metropolregion
Im dsp-Gespräch: Dr. Jens Hauch, Geschäftsführer des Energie Campus Nürnberg
Seiten 6 und 7

mit 4-seitiger Sonderbeilage zur Kommunalwahl 2014

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die Weichen für die nächsten Kommunalwahlen am 16. März 2014 sind gestellt. Die Nürnberger SPD ist gut aufgestellt und hochmotiviert. So könnte man es kurz und knapp zusammenfassen. Ich denke aber zu knapp. Wir können auf die Ergebnisse sehr stolz sein. Ich erlaube mir daher, nochmals kurz darauf einzugehen.

Seit über einem Jahr liefen die verschiedenen Vorbereitungen. Das Wahlprogramm für die Amtszeit 2014 – 2020 wurde sorgfältig und offen diskutiert. Viele Vereine, Verbände, Institutionen aber natürlich auch unzählige Einzelpersonen waren beteiligt. Mit über 300 Einzelvorschlägen gab es eine nie dagewesene Diskussionsbeteiligung. Einstimmig wurde zwischenzeitlich unser Programm, welches unsere politischen Grundzüge für Nürnberg aufzeigt, beschlossen.

Auch unser OB-Kandidat für die Wahl im nächsten Jahr wurde mit 100% Zustimmung gewählt. Der alte soll auch der neue Oberbürgermeister von Nürnberg sein. Dr. Ulrich Maly hat in den letzten 11 Jahren bewiesen, dass er der Richtige ist. Wir wollen den Weg des Miteinanders mit den Bürgerinnen und Bürgern auch die nächsten 6 Jahre gemeinsam gehen. Letztlich haben wir zwischenzeitlich auch unsere 70 Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat nominiert. In zwei offenen Vorstellungsrunden, lebhaften Diskussionen und vielen Einzelgesprächen wurde eine tolle Kandidatenliste erstellt.

Die Nürnberger SPD ist bereit, auch in Zukunft in und mit Verantwortung für Nürnberg zu arbeiten.

Herzliche Grüße

Christian Vogel

Gerechte Steuern! Gegen Steuerbetrug!

Mehr Löcher als ein Schweizer Käse hat, hat nach Auffassung unserer SPD-Abgeordneten und Kandidaten für die anstehenden Wahlen in Bund und Land nur das deutsche Steuersystem. Bei ihrem Aktionstag Steuergerechtigkeit servierten sie am Weißen Turm neben Käsehäppchen auch Vorschläge, wie diese Löcher zu stopfen sind.

„Während die kleinen Einkommensteuerzahler ehrlich und brav ihren Beitrag leisten, schaffen viele Großverdiener ihr Geld am Fiskus vorbei – Gerechtigkeit sieht unserer Auffassung nach anders aus. Wer mehr hat, muss auch mehr für den Sozialstaat und Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Infrastruktur beitragen", erklärte Landtagsabgeordnete Angelika Weikert den Grundgedanken der SPD-Steuerpolitik. Gemeinsam stellte sie mit ihren LandtagskollegInnen Helga Schmitt-Bussinger und Stefan Schuster, Landtagskandidaten Arif Tasdelen sowie den Bundestagsabgeordneten Martin Burkert und Günter Gloser und Bundestagskandidatin Gabriela Heinrich, das Steuerkonzept der SPD vor. Für die SPD-Stadtratsfraktion war Gerhard Groh mit von der Partie.

Offen bekannten sich die Abgeordneten und Kandidaten zu den geplanten Steuer-Erhöhungen ihrer Partei auf Bundesebene. „Der Spitzensteuersatz von 49 Prozent trifft nur die fünf Prozent der Bevölkerung, die mehr als 100.000 Euro im Jahr verdienen", so der Sprecher der bayerischen Landesgruppe im Bundestag, Martin Burkert. Die SPD stehe auch zum Ankauf von Steuer-CDs und ihrer Ablehnung des Steuer-Abkommens mit der Schweiz. Burkert: „Der Schwarz-Gelbe Entwurf

(weiter auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)
hätte Steuerhinterzieher billig davonkommen lassen. Wir wollen ein neues Abkommen aushandeln, das die Schlupflöcher vollständig schließt." Speziell in Bayern will die SPD die Personaldecke der Finanzbehörden deutlich verstärken. So fehlen derzeit, nach Berechnungen des Finanzministeriums, 800 Betriebsprüfer und 150 Steuerfahnder. Dadurch gebe es Kleinunternehmer, die in 40 Jahren Berufsleben nie eine Betriebsprüfung durchlaufen müssten. „Wenn man sich vor Augen führt, dass ein Betriebsprüfer im Durchschnitt 1,7 Millionen Euro und jeder Steuerfahnder 800.000 Euro zusätzliche Steuereinnahmen einholt, wird einem schnell klar, dass dem Freistaat massiv Geld verloren geht", unterstützt Hans Bergmann, im ver.di-Bezirksvorstand Mittelfranken zuständig für den Fachbereich Finanzen, die Forderungen der SPD.

Laut einer Berechnung des Nürnberger Stadtkämmerers, Harald Riedel, beläuft sich dieser Einnahmeverlust alleine in Mittelfranken auf 130 Millionen Euro pro Jahr. „Damit könnte man sechs neue Schulen oder sogar 30 bis 40 Kinder-Bildungseinrichtungen bauen. Wir brauchen diese Mittel dringend, um den derzeitigen Investitionsstau in den Kommunen zu durchbrechen", mahnt Riedel an. ■

Forderungen zur Landtagswahl

Es ist Zeit für den Wechsel – In Bayern und im Bund!

VON **H. SCHMITT-BUSSINGER, S. SCHUSTER, A. TASDELEN** UND **A. WEIKERT**

■ Dieses Jahr wird wieder gewählt: Ende dieses Jahres stehen Landtagswahlen und Bezirkstagswahlen (15.9.13) und Bundestagswahlen (22.9.13) an. Wer sagt, die großen Parteien würden sich eh kaum unterscheiden, der hat unrecht. Unser Land kann und muss gerechter regiert werden. Und das geht nur mit der SPD. Franken und unsere Metropolregion Nürnberg muss bessere Unterstützung durch die Staatsregierung bekommen. Franken muss gegenüber dem oberbayerischen Raum gleichberechtigt sein.

Steuerverwaltung: Der Ehrliche darf nicht länger der Dumme sein

Wir können und müssen in Bayern außerdem mehr tun für die Herstellung von Steuergerechtigkeit. Z.B. indem wir für eine bessere Ausstattung der Bayerischen Steuerverwaltung sorgen. Dazu müssen zusätzliche Betriebs-, Steuer- und Umsatzsteuersonderprüferinnen und -prüfer eingestellt werden, damit wir endlich einen gerechten Steuervollzug in Bayern bekommen und der Ehrliche nicht länger der Dumme ist. Wir werden die Steuerhinterziehung durch den Ankauf von Daten über Steuerhinterziehung, konsequentes Vorgehen gegen Wirtschaftskriminalität und Schwarzarbeit, durch Schwerpunktstaatsanwaltschaften und eine verbesserte Kooperation der Behörden untereinander und zwischen Land und Bund konsequent bekämpfen.

Für Landtagswahl 15.9. und Bundestagswahl 22.9.: Briefwahl nutzen!

Preiswerten Wohnraum sichern

Wichtig ist, dass angemessener Wohnraum nicht Luxusgut wird. Die Staatsregierung hat hier viel zu wenig getan. Im Gegenteil: Mit dem Verkauf der GBW-Wohnungen an ein privates Unternehmen wird die Situation für Mieter nicht leichter. Wir Sozialdemokraten wollen uns verstärkt für die Schaffung und Erhaltung von ausreichend preiswertem Wohnraum einsetzen. Dies bedeutet unter anderem die Vermeidung von Umwandlungen, Luxussanierungen und Verhinderung von unbegrenztem Anstieg des Mietpreisniveaus in Bayern sowohl bei Neuvermietung und Modernisierung als auch bei bestehenden Mietverhältnissen.

Gute Arbeit durchsetzen

Das Prinzip „Guter Lohn für gute Arbeit" muss für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten. Wer arbeitet, darf nicht auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sein. Daher führt kein Weg an einem gesetzlichen, branchen- und regionenübergreifenden Mindestlohn vorbei. Die CSU-FDP-Staatsregierung verweigert sich gegenüber einer Neuauflage des Tariftreue- und Vergabegesetzes, das die Zahlung von Tariflöhnen zur Bedingung für die Zuschlagserteilung bei öffentlichen Aufträgen macht. Ein Richtungswechsel ist hier für uns Sozialdemokraten genauso eine Selbstverständlichkeit, wie die Aufhebung der Lohnunterschiede zwischen Stammbelegschaft und Leiharbeitnehmern und die Beendigung der (Lohn-) Diskriminierung von Frauen, die in Bayern im Bundesvergleich besonders stark ausgeprägt ist. Der Umwandlung von Normalarbeitsverhältnissen in befristete, Werkvertrags-, Teilzeitarbeitsplätze oder mehrere Mini-Jobs muss ein Riegel vorgeschoben werden. Doch Arbeit ist mehr als ein notwendiges Übel, um Geld zu verdienen, sondern ermöglicht auch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und steigert die Selbstachtung. Daher ist es wichtig, dass jeder Mensch eine Chance auf Integration in Beschäftigung erhält. Diese wurde durch die massiven Kürzungen der Regierung Merkel bei den Eingliederungsinstrumenten für Arbeitssuchende deutlich verringert. Wir werden die finanziellen Mittel für die aktive Arbeitsförderung auf einem hohen Niveau verstetigen. Gerade in Nürnberg ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen mit mehreren Vermittlungshemmnissen extrem hoch. Für diese Personengruppe wäre die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors eine echte Chance.

Der wirksamste Weg, um bestehende Arbeitslosigkeit zu senken und neue zu verhindern, ist Bildung! Daher treten wir für ein Recht auf Aus- und Weiterbildung für ArbeitnehmerInnen und Arbeitssuchende aller Altersgruppen ein.Fast jeder zweite Arbeitslose in Bayern ist ohne Berufsabschluss. Insbesondere die Jüngeren sind latent von

Arbeitslosigkeit bedroht. Immer noch gibt es auch in Nürnberg zu viele Schulabgänger, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht ohne weiteres im Berufsleben Fuß fassen können. Diese jungen Menschen müssen wir gezielt unterstützen, motivieren und fit für den Ausbildungsmarkt machen.

Gute Bildung ist Herzensanliegen

In Bayern ist die soziale und regionale Herkunft maßgeblich für den schulischen und beruflichen Erfolg – mehr als in jedem anderen Bundesland. Das ist ein Skandal. Die bayerische Bildungspolitik zementiert soziale Ungleichheiten, anstatt sie zu beheben. Bayern liegt auf Platz 8 unter den Bundesländern, wenn es um den Anteil der unmittelbaren Ausgaben für Schulen im Staatshaushalt geht – hinter Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, die die vorderen drei Plätze innehaben. Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle schaffen, in moderne Hochschulen investieren, die wohnortnahe Schulen sichern!

Rechtsextremismus: Verfassungsschutz muss sich anpassen

Wie der NSU-Untersuchungsausschuss zeigte, wurde die Gefahr von Rechts von allen Behörden in Bayern, von Verfassungsschutz, Polizei und Staatsanwaltschaft unterschätzt. Das bedeutet, dass die Zusammenarbeit der Behörden verbessert und der Blick nach Rechts zum Ermittlungsstandard werden muss, wenn es um Verbrechen gegen ausländische Mitbürger geht. Der Verfassungsschutz muss seine Aufgaben als Inlandsgeheimdienst auf die Beobachtung des gewaltbereiten und rassistisch motivierten Extremismus konzentrieren und nicht nur irgendwelche "Altkommunisten" im Auge haben. Daher ist es unumgänglich, dass das Landesamt strukturell so umgebaut wird, dass es die freiheitlich-demokratische Verfassung und von rassistischer Gefahr bedrohte Menschen besser schützen kann. Wir brauchen darüber hinaus die Stärkung des Engagements in den Schulen und Vereinen und den vielen Initiativen, die oft noch argwöhnisch von der Polizei und dem Verfassungsschutz beobachtet werden. In Deutschland und in Bayern haben wir eine historisch bedingte Verantwortung, gegen Rechtsextremismus in all seinen Erscheinungsformen vorzugehen und dürfen nicht zulassen, dass er salonfähig gemacht wird.

Öffentlicher Dienst: Fachkräfte- und Nachwuchsinitiative 2030

Der öffentliche Dienst in Bayern mit seinen Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten ist ein entscheidender Standortfaktor für den Freistaat. Kein zentraler Bereich in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kann ohne einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst funktionieren. Das gilt für die innere Sicherheit ebenso wie für den Ausbau der Kinderbetreuung, die Förderung der Kinder an den Schulen, die Ausbildung an den Hochschulen, den Erhalt und Ausbau der staatlichen Infrastruktur wie auch die Energiewende und einen gerechten Steuervollzug. Trotzdem findet nach wie vor die Haushaltskonsolidierung des Freistaats auf dem Rücken des öffentlichen Dienstes statt.

Der öffentliche Dienst blutet auf allen Ebenen aus. Was Bayern jetzt zur Sicherung seiner Zukunft braucht, sind belastbare Bedarfsprognosen, welche Nachwuchskräfte in den Verwaltungen des Freistaats erforderlich sein werden. Dann müssen tragfähige Konzepte entstehen, wo diese Kräfte herkommen sollen. Arbeitsplätze in der freien Wirtschaft sind deutlich attraktiver und um künftig Leistungsträger für den Dienst an der Allgemeinheit zu gewinnen, muss der Freistaat mehr bieten, als das Versprechen eines sicheren Arbeitsplatzes. Dazu gehören auch attraktive Einkommens- und Karriereperspektiven, moderne Arbeitsbedingungen und die optimale Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daher ist eine Fachkräfte- und Nachwuchsinitiative 2030 für den öffentlichen Dienst, wie die SPD sie fordert, unumgänglich.

Ehrenamt: Nicht nur Sonntagsreden

Das ehrenamtliche Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger ist das tragende Element der vielen Freiwilligenorganisationen und Vereine, die uns ein breites und vielschichtiges Spektrum an Diensten und Hilfsleistungen anbieten. Was durch die Ehrenamtlichen an Schutz und Sicherheit geleistet wird, könnte der Staat alleine gar nicht schultern. Angefangen von den Feuerwehren, Katastrophen- und Rettungsdiensten bis hin zu den sozialen Diensten sind sie unabdingbarer Teil unseres Gemeinwohls. Doch die ehrenamtliche Tätigkeit darf nicht nur in Sonntagsreden gelobt, sondern muss auch praktisch anerkannt und attraktiv gemacht werden. Gerade junge Menschen müssen gewonnen werden, sich aktiv mit einzubringen. Wir wollen, dass den Bürgerinnen und Bürgern, die ihre wertvolle Freizeit opfern auch eine materielle Anerkennung dafür zuteil wird. Für die erbrachten Dienste müsste der Freistaat tief in die Tasche greifen, wenn er sie selbst leisten müsste. Da ist es durchaus sinnvoll und fair, den Aktiven staatlicherseits geldwerte Leistungen zu bieten, die ihr Engagement belohnen. Die Ehrenamtskarte der bayerischen Staatsregierung ist da reine Symbolpolitik, denn was ist das für eine Anerkennung, wenn die Ehrenamtlichen weiterhin auf ihren Unkosten sitzen bleiben und erst erneut Geld ausgeben müssen, um dann magere Rabatte zu bekommen.

Andere Bundesländer bieten beispielsweise Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren Rentenzuschüsse von 50 bis 80 Euro an. Eine faire Regelung, denn damit wird auch die freiwillige Risikobereitschaft der Feuerwehrleute anerkannt. Das wäre auch für Bayern sinnvoll und würde einen deutlichen Rekrutierungsanreiz für den Nachwuchs schaffen. ■

Forderungen zur Bundestagswahl

Nürnberg-Berlin: Die Verbindung muss stimmen!

VON **MARTIN BURKERT** UND **GABRIELA HEINRICH**

In Nürnberg wird unter Ulrich Maly und mit der SPD gute Politik gemacht. Aber die Rahmenbedingungen werden in München und Berlin gesetzt. Eine noch so starke Stadtratsfraktion kann keine Gesetze beschließen, sondern nur bestmöglichst nützen und umsetzen.

Unser Kindergartenbauprogramm braucht eine Gesetzgebung, die das Geld (Erziehungsgeld!) nicht aus dem Füllhorn über alle ausschüttet, sondern den Städten und Gemeinden gezielt Mittel für Krippen, Kindergärten, Horte und Ganztagesbetreuung zur Verfügung stellt. Dafür will die SPD-Bundestagsfraktion sorgen!

Wir brauchen für Nürnberg wieder eine Wohnungspolitik, die die Explosion der Mietpreise stoppt und dafür sorgt, dass mittels einer nachhaltigen Wohnungsbauförderung unsere Stadt wieder sozialen Wohnraum zur Verfügung stellen kann. Die Streichung der Programme wie „Soziale Stadt" durch die schwarz-gelbe Bundesregierung war ein Skandal. Und der Anschlag auf den des Heizkostenzuschusses für sozial Schwache erst recht! Die Wohnungspolitik wird eine Schwerpunktaufgabe für uns Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung sein!

Für mich – Martin Burkert – ist die Infrastrukturförderung eine wichtige Aufgabe. Die BayernSPD hat dazu unter meiner Federführung ein ausführliches Konzept entwickelt. Für unser Nürnberg ist vor allem der Ausbau der S-Bahn, die zügige Realisierung der ICE-Verbindung nach Erfurt und die Achse Straßburg-Prag wichtig. Auch im Straßenverkehr haben wir sinnvolle Bedarfe: der sechsspurige Ausbau der A73 und die Lärmschutzmaßnahmen an der A6 sind unerlässlich. Aber für den Güterverkehr gilt ganz besonders, dass die Schiene wieder Vorrang haben muss. Statt Riesen-Lastwagen auf den sowieso schon verstopften Autobahnen müssen Güter verstärkt auf der Schiene transportiert werden! Und es ist mehr als eine „Kleinigkeit": das DB-Museum in der Stadt der ersten deutschen Eisenbahn muss erhalten und ausgebaut werden.

Für mich – Gabriela Heinrich – werden meine Erfahrungen als integrationspolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion in Berlin sehr nützlich sein. Gelingende Integration der Zuwanderer und Spätaussiedler, eine humane und koordinierte Flüchtlingspolitik sind Grundvoraussetzungen für ein gutes soziales Klima und eine solidarische Gesellschaft in unserer Bundesrepublik.

Wir beide bringen auch die nötige „persönliche Energie" mit, um die Energiewende in einer rot-grünen Koalition zu meistern. Sie ist notwendig. Aber es ist nicht notwendig, dass die Strompreise steigen, weil die Großunternehmen geschont werden, die Gewinne der Energiekonzerne wichtiger sind als das Einkommen der Verbraucher. Wir werden den Netzausbau voranbringen und solide finanzieren. Wir werden dafür sorgen, dass die energetische Sanierung von Gebäuden nicht die Mieten noch weiter in die Höhe treibt!

Wir Sozialdemokraten haben eine Rentenkonzept vorgelegt, dass stimmig ist, das einen fließenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen soll und es Menschen mit 45 Beitragsjahren ermöglicht, abschlagsfrei in die Rente zu gehen. Die Rente mit 67 (die Martin Burkert von Anfang an abgelehnt hat) ist vom Tisch. Das Rentenniveau wird gewahrt. Deutschland darf kein Land der Altersarmut werden. Der gefährlichste Irrtum bei den Bundestagswahlen wäre die Annahme, zwischen der SPD und der CDU/CSU gäbe es kaum einen Unterschied. Das Schlagwort von der „Sozialdemokratisierung" der Union hat sich in manchen Köpfen leider fest eingenistet. Und der „Themenklau" durch Frau Merkel scheint dies zu bestätigen. Aber nicht das Etikett ist maßgeblich, sondern der Inhalt. Wer die Wahlprogramme von Union und SPD studiert, wird gewaltige Unterschiede feststellen und zu dem Schluss kommen, dass nur mit unserer SPD in Regierungsverantwortung wieder die soziale Balance in unserem Land hergestellt werden kann. Wir sind es, die eine Steuerpolitik vertreten, die die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinander gehen lässt. Wir treten für eine gerechte Lastenverteilung ein und bekämpfen den Steuerbetrug.

Peer Steinbrück, unser Mann fürs Kanzleramt, redet nicht nur Klartext, sondern bringt Erfahrung und Kompetenz mit, um unsere deutsche und europäische Finanzpolitik ins Lot zu bringen. Mit ihm und mit einer starken SPD-Fraktion im Bundestag wollen wir für das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger arbeiten. Ehrlich – wir legen unsere Einkünfte offen dar, umsichtig – wir versprechen nicht das Blaue vom Himmel, und mit dem Bewusstsein für soziale Verantwortung, die wir von Haus aus gelernt haben.

Forderungen zur Bezirkswahl

Mittelfranken: gerechter mit einer starken SPD

VON **A. WEISS, W. BEIGEL, P. REISS** UND **DR. H. KRÖMKER**

■ Gerecht ist, wenn die Menschen in Mittelfranken in einer solidarischen Gesellschaft leben können. Um das zu verwirklichen, bedarf es engagierter Politik. Mittelfranken wird gerechter mit einer starken SPD im Bezirkstag. Der Bezirk erbringt vielfältige soziale Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger Mittelfrankens. Etwa 83 Prozent des Etats von fast 730 Millionen Euro werden pro Jahr dafür eingesetzt, soziale Belange anzugehen. Der Bezirk ist Träger der drei psychiatrischen Fachkliniken in Ansbach, Erlangen und Engelthal sowie von zwei Heimen für chronisch psychisch kranke Menschen. Er erfüllt außerdem überregionale Aufgaben in den Bereichen Umwelt, Kultur, Heimatpflege und Jugendarbeit. Als Träger der landwirtschaftlichen Lehranstalten in Triesdorf sollte der Bezirk Verantwortung für die Entwicklung der ökologisch verträglichen und gentechnikfreien Landwirtschaft in Mittelfranken übernehmen.

Die Investitionen des Bezirks tragen zum Wachstum von Handwerk und Gewerbe in Mittelfranken bei. Die Bezirke tragen die Gewähr dafür, dass eine zunehmende Zentralisierung politischer und ökonomischer Macht in München verhindert wird und regionale Besonderheiten berücksichtigt werden können.

Bedarfsgerechte Inklusions- und Sozialpolitik nur mit der SPD

Die SPD im Bezirkstag tritt für eine inklusive Behindertenpolitik ein. Neue Betreuungs- und Förderformen sollen die Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderung auf der Basis individueller und altersgerechter Entwicklungsmöglichkeiten gewährleisten. Menschen mit Behinderung sind dazu zu befähigen, so weit wie möglich ein selbstständiges Leben zu führen.

Inklusion muss in diesem Zusammenhang im sozialen, schulischen und beruflichen Bereich bereits frühzeitig und unbürokratisch gefördert werden. Hierzu gehört im Besonderen die Förderung von selbstbestimmtem Wohnen und Arbeiten, die Schaffung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt, die Förderung inklusiver Mobilität durch Gewährleistung eines nachhaltigen Behindertenfahrdienstes in Kombination mit einem barrierefreien ÖPNV. Dem Anspruch bedarfsgerechter Versorgung kann eine Eingliederungshilfe nach Kassenlage hierbei nicht genügen.

Gleiches gilt für eine verantwortungsvolle Ausgestaltung psychiatrischer Ver-

sorgung. Was gebraucht wird, ist eine Psychiatrie vor Ort mit dezentralen teilstationären und stationären Einrichtungen sowie einer Infrastruktur, die die Bereiche Wohnen, Arbeit und Freizeit abdeckt. Ein Psychiatrie-Beirat unter Einbeziehung aller Beteiligten, also auch der Betroffenen und der Angehörigen, ist zu schaffen, der die bisherigen Versorgungsstrukturen in Mittelfranken hinsichtlich Notwendigkeit, Effizienz und Entwicklungsperspektiven kritisch überprüft.

Verantwortungsvolle Seniorenpolitik

Die Zahl der pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren steigt stetig. Zur Versorgung dieser Menschen müssen ambulante und teilstationäre Versorgungs- und Unterstützungsformen ausgebaut werden. Den Bau weiterer Pflegeheime betrachtet die SPD kritisch. Zu fördern sind vielmehr alternative Wohnformen in Kombination mit ambulanter und Tagespflege.

Die SPD will die Einrichtungsträger dabei unterstützen, auch im stationären Bereich familienähnliche Pflegewohngruppen zu schaffen. Ausreichende Unterstützung, Beratung und Entlastung für pflegende Angehörige muss durch ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen und Pflegestützpunkten, gezielter Einbeziehung von Nachbarschaftshilfe und ehrenamtlichem Engagement gewährleistet sein.

Kinder und Jugendliche stark machen

Der Bezirk Mittelfranken ist Träger oder Sachaufwandsträger einer Vielzahl von Schulen und Berufsbildungswerken in der Region. Für Schulen in Mittelfranken wird durch den Bezirk ein – im Vergleich mit den anderen bayerischen Bezirken – hoher Betrag aufgewendet. Diese und andere Bildungseinrichtungen des Bezirks Mittelfranken sehen wir als Standortvorteil.

Die SPD will Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf durch qualifizierte Förderung den Start ins Leben und Berufsleben erleichtern. Die Förderschulen und Ausbildungswerke des Bezirks sollen im Rahmen einer inklusiven Entwicklung des Bildungssystems Schritt für Schritt zu Kompetenz-Zentren für inklusive Bildung und Ausbildung weiterentwickelt werden. Doch bei der Politik für Kinder und Jugendliche geht es nicht nur um Bildung. Auch im kulturellen Bereich wollen wir dieser Generation Angebote machen können. Besondere Bedeutung kommt der Unterstützung der vielfältigen Arbeit des Bezirksjugendrings, der Umsetzung des neugefassten Kinder- und Jugendprogramms und den Einrichtungen zu, bei denen der Bezirk selbst Träger oder an der Trägerschaft beteiligt ist.

Der Bezirk engagiert sich aber auch durch Zuschüsse bei vielen kulturellen Vereinen, Initiativen, Museen, Theatern und Musikensembles, um flächendeckende Angebote kultureller Art in ganz Mittelfranken für alle Generationen zu ermöglichen. Pflichtaufgabe der Kulturarbeit des Bezirks ist es, bei den hier geborenen Menschen das Wissen um ihre Wurzeln zu erhalten, aber auch die Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund durch Unterstützung ihrer kulturellen Identität voranzubringen. ■

Ein Angebot an die Wirtschaft der Metropolregion Nürnberg

Im dsp-Gespräch: Dr. Jens Hauch, Geschäftsführer des Energie Campus Nürnberg

Im Nürnberger Westen tut sich was. 2013 ist der Energie Campus auf AEG eingezogen und knüpft damit wieder an alte Zeiten an, in denen die Fürther Straße bereits eine Keimzelle für Fortschritt und Innovation war. Wir haben Dr. Jens Hauch, den Geschäftsführer des Energie Campus Nürnberg (EnCN), interviewt.

dsp: Herr Dr. Hauch, was ist das Besondere an diesem Zusammenschluss und wer arbeitet unter diesem Dach zusammen?
Dr. Hauch: Der EnCN ist eine interdisziplinäre und interinstitutionelle Kooperation auf dem Thema Energieforschung. Im EnCN bündeln die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU), die Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm, die Fraunhofer Institute für Integrierte Schaltungen (IIS), für Integrierte Systeme und Bauelementetechnologie (IISB) sowie für Bauphysik (IBP) und das Bayerische Zentrum für Angewandte Energieforschung (ZAE Bayern) ihre vielfältigen Kompetenzen in diesem zukunftsträchtigen Forschungsfeld, um ein gemeinsames Energieforschungszentrum zu schaffen.

Die Forscher kommen aus unterschiedlichsten Disziplinen, den klassischen Natur- und Ingenieurswissenschaften, ebenso wie aus Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Das Besondere am EnCN ist der ganzheitliche Ansatz, in dem die gesamte Energiekette, von der Erzeugung über Transport und Speicherung bis hin zur effizienten Verwendung von Energie beforscht wird. Im Fokus der wissenschaftlichen Arbeit stehen jedoch nicht allein technologische Entwicklungen, sondern in gleichem Maße auch der Mensch und die Gesellschaft, um Technologien zu schaffen, die auch in die Anwendung kommen. Gemeinsames Ziel aller Partner ist es, die Vision einer Energiewirtschaft zu verwirklichen, die allein auf erneuerbaren Energien basiert. Als Zwischenschritt wollen wir mit unseren Technologien die Energiewende vorantreiben.

dsp: Auf welche Forschungsthemen setzen Sie bei Ihrer Zusammenarbeit?
Dr. Hauch: Der EnCN ist in seiner ersten Phase der Zusammenschluss von 10 Forschungsprojekten, in denen Kompetenz und Infrastruktur im neuen Energieforschungszentrum aufgebaut wird. In zehn Einzelprojekten, die sich unter anderem mit der Gewinnung von Strom aus erneuerbaren Energien, neuen Formen der Energiespeicherung, der intelligenten Einspeisung sowie der effizienten Nutzung und Verwertung von Energie beschäftigen, wird eine regenerativ gespeiste Energiekette abgebildet.

Dr. Jens A. Hauch ist seit 2011 Geschäftsführer des Energie Campus Nürnberg und seit 2013 Geschäftsführer des ENERGIEregion Nürnberg e.V.

Herr Dr. Hauch erhielt 1993 seinen Bachelor Abschluss in Physik von der University of Illinois at Urbana-Champaign, wo er als Mitglied des Center for Complex Systems Research gearbeitet hat und 1998 den PhD in Physik vom Center for Nonlinear Dynamics an der University of Texas at Austin. Bevor er an den Energie Campus Nürnberg wechselte, war Dr. Hauch von 1999 bis 2004 bei Siemens Corporate Technology tätig und leitete von 2004 bis 2011, zuletzt als Geschäftsführer und Director of European Operations, die Entwicklung von organischen Solarzellen am deutschen Standort der Firma Konarka Technologies.

Eines der ganz großen Themen im Energie Campus ist Smart Grid, da dieses bei der zukünftigen Energieversorgung, das man manchmal auch als Internet der Energie bezeichnet, eine ganz zentrale Rolle einnimmt. Hier wird an vielfältigen Themen geforscht, die von Leistungselektronik bis zur Informations- und Kommunikationstechnik reichen. Im Bereich Materialforschung haben wir ebenfalls eine Reihe von Themen – von neuen Materialien für kostengünstige Solarzellen, über Materialien für die Energiespeicherung bis zu technischen Baustoffen für energieeffiziente Gebäude.

Insgesamt sind Effizienztechnologien für alle Bereiche der Energiekette ein weiteres großes Thema im Energie Campus. Hier arbeiten wir auch ganz konkret mit Betrieben und Gebäudeeigentümern zusammen, um die Energieeffizienz zu erhöhen und innovative Konzepte in der Praxis zu erproben. Neben den klassischen Natur- und Ingenieurswissenschaften arbeiten im Energie Campus aber auch Wissenschaftler aus den Bereichen Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Design. Hier befassen wir uns mit der Preisbildung für Energie, der Akzeptanz von Technologie, sowie dem Nutzen von Design als Brücke zwischen dem Nutzer und Technologie, um die Energieeffizienz zu steigern.

dsp: Sind dabei auch Projekte mit örtlichen Firmen geplant, mit denen der Wirtschaftsstandort Nürnberg mittel- bis langfristig gestärkt werden kann?
Dr. Hauch: Der EnCN soll insbesondere ein Angebot an die Wirtschaft der Metropolregion Nürnberg sein. Die Konzeption macht den EnCN zu einem einzigartigen Entwicklungspartner, der von

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION WWW.MALY-SPD.DE

SONDERBEILAGE ZUR ZEITUNG

der springende punkt.

Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie auf unserer Internetseite oder auf der Facebook-Seite der SPD Nürnberg.

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

heute freue ich mich, Ihnen eine Sonderbeilage unserer SPD-Zeitung präsentieren zu können. Die Nürnberger SPD hat in den letzten Wochen und Monaten die Weichen für die nächste Amtszeit von 2014 bis 2020 im Nürnberger Rathaus gestellt. So wurde der amtierende Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly mit 100-prozentiger Zustimmung der Delegierten wieder für das erste Amt in der Stadt nominiert.
Auch die 70 Kandidatinnen und Kandidaten aus den verschiedenen Stadtteilen, welche im Stadtrat die Arbeit von OB Maly unterstützen wollen, wurden zwischenzeitlich nominiert. Ich will Ihnen in dieser Sonderausgabe die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber kurz vorstellen. Auf der Liste der SPD stehen Mitglieder aus den verschiedensten Teilen unserer Gesellschaft. Vom Studenten über die Krankenschwester, die Hausfrau, den Architekten, den Arbeiter oder den Rentner – unsere Kandidaten repräsentieren viele Berufe.
Neben den Personalentscheidungen hat die SPD ihre inhaltlichen Schwerpunkte bestimmt. In Zusammenarbeit mit vielen Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Organisationen wurde ein Programm entwickelt, für das die Sozialdemokraten im Stadtrat eintreten wollen.

Ich wünsche Ihnen nun viel Spaß beim Kennenlernen unserer Kandidaten und unseres Programms und verbleibe mit herzlichen Grüßen
Ihr

Christian Vogel
Fraktionsvorsitzender

NÜRNBERGS OBERBÜRGERMEISTER DR. ULRICH MALY

Wer früh morgens am Alten Kanal spazieren geht, kann mit etwas Glück eine interessante Begegnung machen: Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, joggt dort jeden Morgen. Für ihn ist der allmorgendliche Lauf zum unersetzlichen Ritual geworden, um fit und mit klarem Kopf in den Tag zu starten. Frisch gestärkt und ausgeglichen widmet er sich danach engagiert seinen Amtsgeschäften im Rathaus. Der neue Stil, der mit ihm dort Einzug hielt, ist ebenso fränkisch wie sozialdemokratisch. Maly kultiviert seine Bescheidenheit, ist ein gelassener und sachbezogener Arbeiter, der wenig von Polemik und markigen Worten hält, sondern lieber mit Leistung überzeugt.
Seine Stadtpolitik im Dialog lebt von der Idee des Hingehens und Zuhörens. Chancengerechtigkeit fängt für ihn ganz früh im Leben an. Eine Maxime von Maly lautet: Kein Kind soll zurück gelassen werden! Während seiner Amtszeit wuchs die Zahl der Kinderbetreuungseinrichtungen in der Stadt stark an. Ressourcen wurden gebündelt. In Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen wurde investiert. 7600 neue Kitaplätze konnten so geschaffen werden.
Schritt für Schritt setzt Maly seine Vision einer solidarischen Stadtgesellschaft in die Wirklichkeit um. Es geht

ihm um die Sicherung und Steigerung der Lebensqualität, um eine bunte und lebendige Stadt mit begeisternden Kultur- und Freizeitangeboten – eingebettet in eine gute Infrastruktur und eine starke Wirtschaft. Zur Lebensqualität gehören auch attraktive Stadtviertel. Das ist für Maly klar: Eine aktive Stadtteilförderung gestaltet Lebensräume für die Bürgerinnen und Bürger. Das komplette Angebot städtischer Daseinsvorsorge wird auch in Zukunft nicht privatisiert. Egal ob Trinkwasserversorgung, Wohnungsgesellschaft oder Klinikum – nichts davon wird verkauft. Stattdessen wurde und wird in die Zukunft der Menschen investiert. Gleichzeitig wird an einer weiteren Senkung der Neuverschuldung gearbeitet.
Eine besondere Maly-Erfindung: Mobile Bürgerversammlungen. Der Oberbürgermeister schwingt sich dabei aufs Fahrrad und tourt durch die verschiedenen Stadtteile. Die Bürgerinnen und Bürger können mitradeln, sich dabei vor Ort einbringen und „Ihre Stadt“ selbst mitgestalten. Dicke Bretter bohrt Maly beharrlich, nicht schlagzeilenträchtig. Lieber entwickelt er gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Lösungen für unsere Stadt. Dr. Ulrich Maly und die SPD im Nürnberger Rathaus spüren und machen, was Nürnberg bewegt.

UNSERE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN ZUR STADTRATSWAHL 2014

1 Dr. Ulrich Maly
Siedlungen Süd

2 Dr. Anja Prölß-Kammerer
Johannis

3 Christian Vogel
Ziegelstein

4 Gabriela Heinrich
Johannis

5 Arif Tasdelen
Mögeldorf

6 Katja Strohhacker
Gebersdorf

7 Thorsten Brehm
Buch

8 Gabriele Penzkofer-Röhrl
Maxfeld

9 Nasser Ahmed
St.Peter

10 Dr. Daniela Hüttinger
Erlenstegen

11 Lorenz Gradl
Rangierbahnhof

12 Anita Wojciechowski
Langwasser

13 Antonio Fernandez
Eibach

14 Diana Liberova
Mögeldorf

15 Gerald Raschke
Siedlungen Süd

16 Ilka Soldner
Gibitzenhof

17 Fabian Meissner
Lichtenhof

18 Claudia Arabackyj
Maxfeld

19 Harald Dix
Kornburg

20 Yasemin Yilmaz
Gostenhof

21 Dr. Ulrich Blaschke
Zabo

22 Sonja Bauer
Ziegelstein

23 Gerhard Groh
Hummelstein

24 Elke Härtel
Siedlungen Süd

25 Michael Ziegler
Muggenhof

26 Christine Kayser
Altstadt

27 Hans Russo
Reichelsdorf

28 Eva Bär
Gostenhof

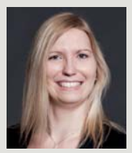
29 Dieter Goldmann
Worzeldorf

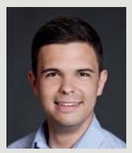
30 Claudia Karambatsos
Laufamholz

31 Dr. Malte Magold
Altstadt

32 Ruth Zadek
Nordbahnhof

33 Werner Gsänger
Gartenstadt


34 Jasmin Bieswanger
Almoshof


35 Florian Goertz
Wöhrd

36 Renate Blumenstetter
Buchenbühl

37 Peter Assmann
Langwasser

38 Stefanie Lurz
Muggenhof

39 Dimitrios Krikelis
Muggenhof

40 Aynur Kir
St. Peter

41 Carl Veldman
Gostenhof

42 Victoria Müller
Gostenhof

43 Andreas Bohm
Langwasser

44 Martina Kontsek
Thon

45 Abdurrahman Gümrükcü
Nordostbahnhof

46 Jasmin Güdümem
Gartenstadt

47 Dr. Christian Pröbiuß
Ziegelstein

48 Heike Reichel
Zabo

49 Gernot Bittner
Südwest

50 Dr. Susanne Jauch
Lichtenhof

51 Marc Rücker
St. Peter

52 Irene Ramorobi
Maxfeld

53 Hermann Raymann
Langwasser

54 Petra Koerwin
Almoshof

55 Ralph Maier
Worzeldorf

56 Hildegard Koppen
Johannis

57 Bernd Langenbucher
Reichelsdorf

58 Eva Schmidt
Lichtenhof

59 Christian Maliszewski
Jusos

60 Christine Schubert
Altstadt

61 Helmut Moritz
Nordostbahnhof

62 Theresa Nöth
Maxfeld

63 Fabian Leonhard
Gartenstadt

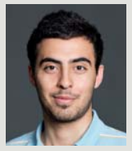
64 Helga Lehneis-Meier
Neunhof

65 Süleyman Yildirim
Lichtenhof

66 Gerda Schirl
Ziegelstein

67 Kurt Ruben
Johannis

68 Bianca Ritter
Gebersdorf


69 Mustafa Kiziltepe
Wöhrd

70 Bettina Zauhar
Altstadt

SO WÄHLEN SIE RICHTIG.

IMPRESSUM:
DIE SONDERBEILAGE WIRD HERAUSGEGEBEN VOM
SPD-UNTERBEZIRK NÜRNBERG, KARL-BRÖGER-STR. 9, 90459 NÜRNBERG
VERANTWORTLICH: OLAF SCHREGLMANN
REDAKTION: MATTHIAS BACH, KATJA DIEDLER UND MAXIMILIAN BÄR
TEL: 0911-4389615
E-MAIL: BUERO@SPD-NUERNBERG.DE

MACHEN, WAS NÜRNBERG BEWEGT. DAS PROGRAMM DER SPD FÜR NÜRNBERG.

Am 7. Juni 2013 hat die Nürnberg SPD einstimmig ihr Programm für die Kommunalwahl 2014 verabschiedet. Darin wird deutlich: Wir machen das, was Nürnberg bewegt. Einer der dringlichsten Punkte für die kommende Stadtratsperiode ist für uns das Thema „Wohnen". Unsere Meinung: **Eine eigene Wohnung darf**

nicht zum Luxus werden. Deswegen werden wir den genossenschaftlichen Wohnungsbau weiter fördern und den Sozialen Wohnungsbau ankurbeln.

Nürnberg hat bedingt durch seine Geschichte ein Defizit an Grünflächen. Dies ist zwar nicht von heute auf morgen zu verändern. **Wir von der SPD wollen aber, dass Nürnberg schrittweise mehr Grünflächen bekommt und wir wollen, dass die vorhandenen Erholungsflächen attraktiver werden.** So soll mit dem Programm „Stadt am Fluss" die Pegnitz stärker in die Nürnberger Altstadt integriert werden. Außerdem werden wir Initiativen starten, die zum Beispiel durch neue Straßenbäume und Ausgleichsflächen mehr Grün in die Stadt bringen.

Nürnberg ist eine der sichersten Großstädte in Deutschland. Und wir wollen dafür sorgen, dass dies so bleibt. Dazu wollen wir unter anderem den Sicherheitspakt, eine deutschlandweit viel beachtete und gelobte Kooperation zwischen Polizei und städtischen Behörden, fortführen.

In der Verkehrspolitik haben wir den Individualverkehr und den öffentlichen Personennahverkehr gleichermaßen im Blick. **Wir wollen den Ausbau von Radwegen vorantreiben und** auf der Grundlage des Nahverkehrs-Entwicklungsplans **das Netz von U-Bahn, Straßenbahn und Bussen in unserer Stadt weiter ausbauen.**

Die kommunalen Betriebe bleiben mit uns auch weiterhin in öffentlicher Hand. Mit den Grundbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger darf nicht spekuliert werden! **Privatisierungen der Wasserversorgung, des Klinikums oder der Wohnungsgesellschaft lehnen wir strikt ab!**

In Sachen Bildung und Kinderbetreuung sind wir in den letzten Jahren bereits wichtige Schritte gegangen. Mit dem Nürnberger Bildungsbüro wurde die Bildung unserer Kinder zur Chefsache in der Stadt. Auch wurde mit der

Bildungsoffensive das größte Investitionsprogramm für die Bildung in der Geschichte unserer Stadt gestartet. **Der Ausbau von Horten, Kindergärten und Kinderkrippen schreitet stetig voran.** Das wollen wir auch in der nächsten Ratsperiode mit voller Kraft fortführen. **Wir machen, was Nürnberg bewegt.**

Mehr Informationen gibt es auf **www.maly-spd.de** oder einfach den QR-Code scannen.

GEMACHT, WAS NÜRNBERG BEWEGT.

Gemacht, was Nürnberg bewegt. Das wurde in der Amtszeit von Dr. Ulrich Maly erreicht. Ein Abriss im Telegramm-Stil:

+++ Sanierung Schauspielhaus +++ Modernisierung Südstadtbad +++ Modernisierung Westbad +++ Etablierung von Kultur auf AEG +++ Einweihung Memorium Nürnberger Prozesse +++ Gründung Integrationsrat +++ Einrichtung Bildungsbeirat und Bildungskonferenz +++ Beginn für integrierte Stadtentwicklungskonzepte für Altstadt, Südstadt, Weststadt +++ Beschlüsse für Stadt am Fluss +++ genehmigungsfähiger Bau Augustinerhof +++ Wettbewerb für Neugestaltung von Hauptmarkt und Obstmarkt +++ 14 neue Schulen +++ 7600 neue Plätze in Horten, Kindertagesstätten und Kinderkrippen +++ Biomodellstadt +++ Erweiterung Verbundraum im VGN +++ Eröffnung Lagune +++ Theater Pfütze im KaLi +++ Gasthaus Wanner +++ Geländeinfo Reichsparteitagsgelände +++ Nahverkehrsentwicklungsplan +++ Kunstkulturquartier erweitert +++ Kunst-Villa vor Eröffnung +++ Stadtbibliothek modernisiert +++ Verstaatlichung der Hochschule für Musik +++ Beschluss für den Z-Bau +++ Quartiersentwicklung Nordbahnhof, Nordostbahnhof, Kießlingstraße, Tuchergelände/Schillerplatz, ATV-Gelände, LangwasserT, LangwasserZ, Tiefes Feld +++ Dokulinie der Straßenbahn +++ Tram nach Thon-Wegfeld beschlossen +++ Frankenschnellweg geplant und finanziert +++ Fußball-WM gefeiert.

schnellen, konkreten Lösungen bis hin zu langfristiger, strategisch orientierter Energieforschung alles anbieten kann. Dabei hilft die heterogene Partnerstruktur, um kundenorientierte Lösungen für Forschung und Entwicklung anzubieten.

Für kleine Firmen kann der EnCN als externe Entwicklungsabteilung dienen. Für große Unternehmen sind wir ein Think-tank, der neue Ideen generiert und die notwendigen Technologien entwickelt und erprobt. Auch Spin-offs sind ein erklärtes Ziel, um die entwickelten Technologien in die Umsetzung zu bringen. Die ersten Firmen aus dem EnCN wurden bereits gegründet. Mit diesen Aktivitäten hoffen wir, ein wichtiger Baustein für die Energiewende und die weitere Entwicklung des Energiesektors in der Metropolregion zu werden.

SOLARFABRIK DER ZUKUNFT – Drucken von flexiblen organischen Solarzellen. (Bild: Stadt Nürnberg)

Seit Anfang des Jahres bin ich ebenfalls Geschäftsführer des Vereins ENERGIEregion Nürnberg e. V. Die ENERGIEregion ist die zentrale Netzwerkplattform für den Energiesektor in der Metropolregion Nürnberg. Durch die enge Verbindung des EnCN mit der ENERGIEregion werden Kompetenzen gebündelt und Synergieeffekte forciert. Das Ziel ist der bessere Transfer von Forschung in die Wirtschaft, um die Metropolregion zu einem Treiber der Energiewende zu machen.

dsp: Ihr Standort ist „Auf AEG". Auf dem Gelände finden sich auch viele andere Firmen und Einrichtungen. Sucht man hier auch die örtliche Kooperation und Zusammenarbeit?

Dr. Hauch: Was sich gegenwärtig „Auf AEG" im Bereich Energie entwickelt, ist bemerkenswert. Neben dem EnCN befinden sich bereits weitere Forschungsgruppen, die sich ebenfalls eng mit dem Thema Energie befassen, wie der Lehrstuhl für Energieverfahrenstechnik, das E|Drive Center, das E|Home Center und die Koordinationsstelle für den Green Factory Forschungsverbund, am Standort. Hier kooperieren wir bereits heute sehr eng unter der Dachmarke Energie Campus Nürnberg.

In der Zukunft möchten wir die Kooperation mit Firmen direkt am Standort weiter ausbauen und gehen das auch aktiv an. Gemeinsam mit der ENERGIEregion Nürnberg planen wir das Energie Technologische Zentrum 2.0 (ETZ 2.0) in räumlicher Nähe zum Energie Campus. Das ETZ 2.0 soll – wie das ursprüngliche ETZ in der Südstadt – einen Rahmen bilden, in dem sich kleine Firmen und Gründer aus dem Energiesektor ansiedeln und miteinander kooperieren. Im ETZ 2.0 wollen wir aber verstärkt Dienstleistungen für und mit den Gründern anbieten, um Start-ups, besonders auch aus dem Energie Campus Nürnberg, zu fördern.

dsp: Ohne Moos ist nix los. Wie sieht es denn mit der Finanzierung des Energie Campus aus? Ist diese auf Dauer gesichert?

Dr. Hauch: Die Gründung und der Aufbau des Energie Campus Nürnbergs wird durch den Freistaat Bayern aus der Initiative „Aufbruch Bayern" im Rahmen des Strukturprogramms Nürnberg-Fürth für einen Zeitraum von 5 Jahren mit 50 Millionen Euro unterstützt. Möglich gemacht wurde dies durch eine enge Kooperation des bayerischen Wirtschaftsministeriums (StmWIVT) mit dem bayerischen Wissenschaftsministerium (StmWFK) und der Wirtschaftsförderung der Stadt Nürnberg sowie den Leitungen der gründenden Institutionen. Auch das Finanz- und Umweltministerium des Freistaats haben uns immer unterstützt.

Gegenwärtig ist die dauerhafte Verstetigung des Energie Campus noch nicht gesichert. Das Modell für die Verstetigung muss noch entwickelt werden. Dieses ist neben dem Aufbau eine zentrale Aufgabe der ersten Förderperiode. Sicher ist nur, dass die Verstetigung des EnCN in einer heterogenen Struktur geschehen wird und dass die Kooperation mit Unternehmen eine zentrale Rolle spielen wird.

dsp: Wir danken Ihnen für das Interview und wünschen Ihnen und dem Energie Campus viel Erfolg und gewinnbringende Forschungsergebnisse! ■

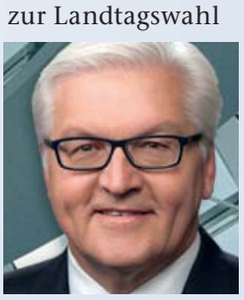
Veranstaltungshinweis

Schon jetzt vormerken!

Abschlusskundgebung am 11.9.2013

Beginn: 18 Uhr am Kornmarkt in Nürnberg

Mit Christian Ude,
SPD-Spitzenkandidat
zur Landtagswahl



und Frank-Walter Steinmeier,
SPD Fraktionsvorsitzender
im Deutschen Bundestag

Empfang der Kulturen 2013

VON **DIANA LIBEROVA**

■ Beim diesjährigen Empfang der Kulturen im Karl-Bröger-Zentrum folgten über 130 Vertreterinnen und Vertreter der Institutionen, Zuwandererervereine, Initiativen sowie Einzelpersonen der Einladung der NürnbergSPD. Die Vielfalt der Besucher(innen) spiegelte unsere bunte Stadt wider. Umrahmt von griechischer Musik wurden die Gäste von der Parteispitze, den Landtagsabgeordneten und vielen Kommunalpolitikern empfangen.

Eingeleitet wurde der Abend durch die Tänzerinnen des Centro Espanol, die das Publikum mit mitreisenden Tänzen begeisterten. Nach kurzer politischen Begrüßung durch Horst Förther, der die Bedeutung der Integrationspolitik für die gesamte Stadtratsfraktion und Stadtverwaltung in Nürnberg hervorhob, übernahmen die beiden Stadträte Gabriela Heinrich und Arif Tasdelen, die in Nürnberg besonders für die erfolgreiche Integrationspolitik stehen und nun weitere Mandate anstreben, das Wort. In seiner Ansprache verdeutlichte Arif Tasdelen, der für den Nürnberger Norden als Landtagsabgeordneter kandidiert, die besonderen Ansätzen der Integrationspolitik, die die SPD von anderen Parteien unterscheiden: eine humane Flüchtlingspolitik und die Politik der Anerkennung z. B. bei den Berufsabschlüssen der Zugewanderten. Gabriela Heinrich kandidiert als Bundestagsabgeordnete für den Stimmkreis Nürnberg Nord und bekräftigte die Position der SPD bezogen auf die Streichung der Optionspflicht und die grundsätzliche Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft.

Den Abend rundete die eritreische Küche, die die Gäste zu neuen interkulturellen Erfahrungen durch das Essen mit den Händen bewegte, ab. Diese besonderen Erfahrungen trugen zu einem unvergesslichen Abend bei. Zum Schluss gab es gemeinsame Tänze mit der Tanzgruppe Paso. Der Empfang regte viele zum Gespräch an, aus denen Ideen für gemeinsame Projekte entstanden. Zwischen den Gästen und den unterschiedlichen politischen Vertreterinnen und Vertretern konnten Kontakte geknüpft bzw. intensiviert werden.

Die NürnbergSPD hat wieder gezeigt, dass sie in der Zeit, in der andere über Willkommenskultur-Konzepte und die interkulturelle Öffnung nachdenken, diese bereits mit Leben füllt. Es ist ein Teil der gelebten Anerkennungskultur in Nürnberg. Die SPD spürt, was Nürnberg bewegt. ■

Gedenkfahrt der AvS nach Weiden

VON **REINER WAGNER**

■ Unsere diesjährige Gedenkfahrt führte uns Anfang Juni nach Weiden. Der sozialdemokratische Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft erfolgte 1933/34 vor allem durch Information über die Geschehnisse im In- und Ausland. Man wollte damit den Widerstandswillen und die Zusammengehörigkeit stärken. Viele Mitglieder waren ja bereits verhaftet und meist ohne Gerichtsprozesse in Gefängnissen oder Konzentrationslagern.

Die schriftlichen Informationen mussten aber im Miniaturformat aus der Tschechei nach Nürnberg geschmuggelt werden. Die Zwischenstation für Franken war die Familie Mörtl in Weiden. Bis zu ihrer Verhaftung im Mai 1934 waren Vater Franz und die Söhne Franz und Josef die Partner von Konrad Grünbaum, Andreas Umrath und Ernst Walz. Im Gedenken an ihren Mut und ihre Bereitschaft legten wir an ihrem Grab ein Blumengebinde nieder und erinnerten an ihre festen demokratischen Überzeugungen.

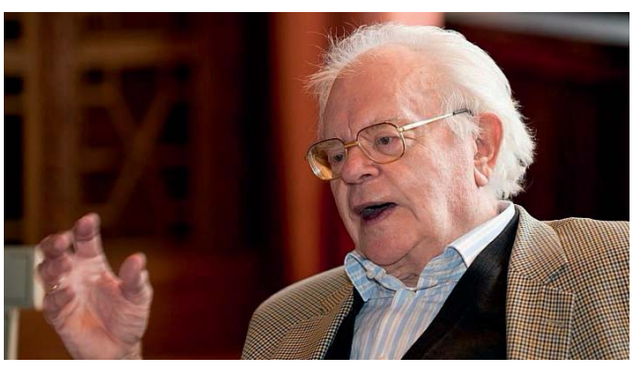
Der Oberbürgermeister von Weiden und die SPD-Vorsitzenden von Weiden begrüßten uns im Ratskeller. Am Nachmittag besuchten wir noch das Freilichtmuseum der Oberpfalz in Nabburg. ■

Hermann Glaser wird 85 Jahre

VON **WILLY PRÖLß**

■ Trotz seines noch immer jugendlichen Temperaments – der Kalender lügt nun einmal nicht. Hermann Glaser wird 85 Jahre. Wie kaum eine andere Persönlichkeit steht Hermann Glaser für das Bürgerecht „Kultur". In seiner Autobiografie verweist er ausdrücklich darauf, dass sich Kunst und Kultur in ihrem Eigenwert nur entfalten können, wenn sie sich mit einer politischen Grundhaltung verbinden, die Beteiligung ermöglicht und zu Mitdenken und Mitgestalten herausfordert.

Bedrückende Kindheitserlebnisse im Nationalsozialismus, dessen katastrophales Ende und die Zeit des demokratischen



Wiederaufbaus bewegten den jungen Hermann Glaser, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen. Es waren besonders zwei Persönlichkeiten, die ihn für die SPD gewannen: Otto Wels mit seiner mutigen Rede gegen das Ermächtigungsgesetz und Waldemar von Knoeringen, der wie kein anderer Politiker der Nachkriegszeit der SPD ihr kulturelles und bildungspolitisches Gepräge gab.

Mit der Gründung einer Jugendakademie in Nürnberg und einer Reihe bildungspoltischer Schriften machte Hermann Glaser bereits als junger Studienrat auf sich aufmerksam. Sein Buch über das 3. Reich „Anspruch und Wirklichkeit" – es wurde sogar auf Japanisch übersetzt – fand große öffentliche Beachtung, sogar bei der CSU in Nürnberg, während seine 1964 erschienene „Spießerideologie", ein Werk über die Zerstörung deutschen Geistes im 19. und 20. Jahrhundert, in konservativen Kreisen zunächst weniger Beifall fand.

Auf die bildungspolitische Arbeit und die umfangreiche publizistische Tätigkeit von Hermann Glaser aufmerksam geworden, bot ihm die SPD-Stadtratsfraktion die Kandidatur für die Nachfolge von Schul- und Kulturreferent Andreas Staudt an. 1964 vom Stadtrat gewählt wurde er bald zu einem der führenden Schul- und Kulturpolitiker unseres Landes. Die von ihm initiierten „Nürnberger Gespräche" versuchten Antworten auf gesellschaftliche Fragen der damaligen Zeit zu geben und brachten viele Persönlichkeiten des internationalen Geisteslebens nach Nürnberg.

Die behandelten Themen fanden große überregionale Resonanz. Die noch schulpolitisch aus der „Hundhammer-Ära" vorgeprägte CSU stand vielen seiner Initiativen meist ablehnend gegenüber und versuchte sich leider mit allen Mitteln in destruktiver Opposition. Die hohe Wertschätzung, die Hermann Glaser auch außerhalb der SPD erfahren durfte, äußerte sich darin, dass er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Amt 1990 auch das Amt des Vorsitzenden des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages wahrnehmen durfte und mit dem Waldemar-von-Knoeringen-Preis, sowie dem Kulturpreis der Stadt Nürnberg ausgezeichnet wurde.

Auch wenn Hermann Glaser rückblickend gerne Albert Camus zitiert: „Der Kampf gegen Gipfel vermag ein Menschenherz auszufüllen, wir müssen uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen." Hermann mag sich ihm zwar gedanklich verbunden fühlen, Tatsache ist aber, dass die Anstrengungen seines Tuns in Nürnberg und weit darüber hinaus nicht vergebens waren. Dafür, lieber Hermann, danken wir Dir und wünschen Dir alles Gute zu Deinem Geburtstag. Bleibt zu hoffen, dass in unserer SPD auch die Kulturpolitik bald wieder mehr in das Zentrum des politischen Handelns rückt! ■

Die Kolumne

VON **PETER SCHMITT**

Auf diesen Fernseh-Ruhm hätte man im Rathaus gern verzichten wollen. Bereits im Frühjahr fiel Quer, ein durchwegs sehenswertes Magazin des Bayerischen Fernsehens, voll aus dem Rahmen journalistischer Sorgfaltspflicht. Dummerweise suchte es sich dafür die Stadt Nürnberg und deren Ausländerbehörde aus.

Zeichnung: Eleonore R.

Nimmt man den TV-Beitrag für bare Münze, dann arbeiten dort lauter tumbe Thoren, die außer zu dumpfem Fränkisch zu keiner sinnvollen Artikulation fähig sind und des Deutschen nicht mächtige Petenten einfach abblitzen lassen. Ganz im Gegensatz zu ihren weltläufigen Münchner Kolleginnen und Kollegen, aus denen es zum heimeligen Isardeutsch das Oxford-Englisch dazu gratis gibt.

Der konstruierte Sendebeitrag löste, wie nicht anders zu erwarten, eine bis heute anhaltende ebenso überflüssige wie unangenehme Diskussion in diversen Webblogs aus. Sache ist: Die freudvollen Momente im Ausländeramt sind eher selten. Das gilt in erster Linie für die Menschen vor den Schalterfenstern, aber auch für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die oft unangenehme Antworten geben müssen. Die Sinnfrage nach den perfekten Englischkenntnissen darf man da getrost hintan stellen.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Olaf Schreglmann
Redaktion: Christian Vogel, Dr. Christian Pröbiuß, dsp@spd-nuernberg.de
Redaktionsanschrift:
der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 4389650

Der „springende Punkt" ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare

Termine

6.08.13 - 19:00 Uhr
SPD Rangierbahnhof: Aktivensitzung
Gaststätte ESV Rangierbahnhof, Friedrich-List-Weg 10

6.08.13 - 19:30 Uhr
SPD Reichelsdorf: OV-Treffen
Gaststätte Epidavros, Waldstromerstraße 66

6.08.13 - 19:30 Uhr
SPD Langwasser: Stadtteilversammlung
Unterwegs im Stadtteil
Treffpunkt: Gemeinschaftshaus Langwasser

9.08.13 - 15:00 Uhr
Arif on Tour: Gostenhof
Gostenhofer Hauptstr./Gartenstraße

10.08.13 - 11:00 Uhr
Arif on Tour: Thon
Endhaltestelle Thon

10.08.13 - 15:00 Uhr
SPD Buchenbühl: Rote trinken Roten
Im Bickes Garten, Zum Steinbruch 37

13.08.13 - 19:30 Uhr
SPD Gostenhof: Ferienstammtisch
Schanzenbräu Schankwirtschaft, Adam-Klein-Str. 27

„Sport wirkt motivierend und stärkt das Selbstvertrauen!“

VON **ANGELIKA WEIKERT**

Was diese Frau leistet, ist beeindruckend: Erst vor einer Woche bestritt Verena Bentele einen 22-stündigen Radmarathon. „Sportliche Erfolgserlebnisse wirken motivierend auf andere Lebensbereiche, auch auf den Wahlkampf“, berichtete die mehrfache Paralympics-Siegerin und Beraterin für Sport- und Inklusionspolitik im Wahlkampfteam von Christian Ude beim Sportempfang der Nürnberger SPD.

Wird bei Menschen mit Behinderung ansonsten viel zu oft der Fokus auf ihr vermeintliches Defizit gerichtet, so rücken beim Sport Leistungsfähigkeit und Talent in den Vordergrund. Durch gemeinsame Ziele und Erfahrungen werden Barrieren überwunden und Werte vermittelt – so funktionieren Inklusion und Integration! Dabei ist ein Pragmatismus der kleinen Schritte gefragt, bei dem das Machbare getan wird, ohne die Hürden im Vorfeld unüberwindbar hoch zu setzen.

Angelika Weikert, Verena Bentele, BM Horst Förther und Christian Feeß, mehrfacher Deutscher Meister im Rollstuhltanz

Bentele: „Sport macht nicht nur Spaß, sondern ist ein wichtiges Lehr- und Lernelement“

In der bayerischen Sportpolitik besteht noch einiger Verbesserungsbedarf. Bereits bei der Begrüßung hatte Angelika Weikert auf die Bedeutung des Schulsports als Element ganzheitlicher Bildung hingewiesen. Anders als die aktuelle Staatsregierung wird sich die SPD dafür einsetzen, dass mindestens drei Schulstunden pro Woche dem Sport gehören.

Mit Sportbürgermeister Horst Förther, dem Vorsitzenden des BLSV-Kreises Nürnberg Herbert Dötschel und dem Geschäftsführer des Post-SV Johannes Kopkow war die abschließende Talkrunde hochkarätig besetzt. Verena Bentele, der mehrfache Paralympics-Sieger im Skisport, Lehrer und Vertrauensmann der Schwerbehinderten an den Beruflichen Schulen der Stadt Nürnberg Eberhard Seischab und Christian Feeß, der sich neben dem Tanzsport auch in der Offenen Behinderten-Arbeit engagiert, brachten ihre persönlichen Erfahrungen mit ein.

Moderiert von Thomas Schneider vom Sportservice der Stadt Nürnberg stellten sie Forderungen an die Landespolitik. So ist eine Erhöhung der Vereinspauschale dringend notwendig, um den Sportvereinen wieder mehr finanziellen Handlungsspielraum zu geben. Fördermittel für den Sportstättenbau dürfen nicht mehr nach „Kassenlage“ und mit jahrelangen Wartezeiten vergeben werden. Die SPD-Landtagsfraktion hat diese Forderungen bereits in ihr Wahlprogramm aufgenommen. ■

Yes we scan.

Kämpfen für unsere Bürgerrechte!

VON **NASSER AHMED**

Was viele Experten längst vermuteten, hat sich bestätigt. Übermächtige Geheimdienste spionieren Menschen weltweit ohne Anlass im Internet aus. Es hat sich herausgestellt, dass der US-Auslandsgeheimdienst NSA problemlos auf intimste Daten von Milliarden Menschen Zugriff hat. Dabei handelt es sich nicht nur um die Speicherung von Verbindungsdaten (also Rahmendaten, etwa Dauer der Kommunikation), sondern um die Speicherung inhaltlicher Daten. Dies ist ein Grundrechts-Eingriff ganz neuer Qualität, denn jeder hat das Recht darauf, ungestört

Quelle: (cc by-sa) Digiges / Andreas Müller

und unbewacht zu kommunizieren. Alles andere ist in einem demokratischen Staat nicht hinnehmbar, egal ob die Daten letztlich verwendet werden oder nicht.

Demokratische Kontrolle

Überwachung und Kontrolle dürfen nur anhand demokratisch legitimierter Mittel und nach rechtstaatlichen Prinzipien erfolgen. Je tiefer der Eingriff, desto größer der Bedarf nach demokratischer Legitimation. Wenn staatliche Behörden jedoch im Geheimen außerhalb des Rechts handeln, können die Mittel gar nicht Gegenstand eines demokratischen Diskurses sein. Solch undemokratische Methoden führen nicht zu mehr „Sicherheit", sondern zu mehr Unfreiheit.

Schutz für Whistleblower

Da die Gefahr besteht, dass staatliche Behörden im Geheimen Bürger- und Menschenrechte brechen, ist es unverzichtbar, dass sog. „Whistleblower" die demokratische Öffentlichkeit über potenzielle Rechtsverletzungen informieren. Daher brauchen wir Straffreiheit für Whistleblower. Deutschland sollte mit gutem Beispiel vorangehen und solches Verhalten nicht länger unter Strafe stellen. Auch in Deutschland kann man bei der Enthüllung geheimer Tatsachen aufgrund von „Landesverrats" bis zu lebenslänglich ins Gefängnis wandern.

Es kann immer wieder vorkommen, dass staatliche Stellen Rechtsverletzungen durch Geheimhaltung versuchen zu vertuschen. Wenn Menschen solche Vertuschungen aufdecken, müssen sie geschützt werden. Dafür braucht es klare Regelungen in einem „Whistleblowing-Gesetz".

Demokratische Debatte über Geheimdienstarbeit

Die Enthüllungen zeigen, dass Staaten mit ihren Geheimdiensten in grundrechtsrelevanten Bereichen in unglaublichem Umfang aktiv sind. Ganze Teilbereiche staatlicher Institutionen sind somit demokratischer Kontrolle entzogen. Das müssen wir ändern! Es braucht jetzt intensive gesellschaftliche und parlamentarische Debatten darüber, was Nachrichtendienste dürfen, welche Mittel wir ihnen in die Hand legen und welche lieber nicht! Das gilt auch für Informationen, die deutsche Behörden bereitwillig von Geheimdiensten anderer Staaten übernehmen.

Regierung muss aufklären

Kanzlerin Merkel und ihr Minister Friedrich scheinen die massenhafte Überwachung deutscher BürgerInnen mit einem Achselzucken hinzunehmen. Ed Snowden behauptet im SPIEGEL sogar: „Die stecken unter einer Decke mit den Deutschen". Wir fordern Aufklärung! Zudem muss die Bundesregierung zusammen mit der EU Druck auf die USA aufbauen. Wir fordern: Stopp aller Verhandlungen mit den USA bis zu einer vollen Aufklärung seitens der US-Regierung. ■

Termine

13.08.13 - 19:30 Uhr
SPD Nordostbahnhof: Sommerstammtisch
Gaststätte am Marienberg, Braillestr. 35

13.08.13 - 19:30 Uhr
SPD Fischbach: Mitgliedertreff
Gaststätte TSV Altenfurt – UG – Wohlauer Straße 16

16.08.13 - 11:00 Uhr
Arif on Tour: Johannis
Parkplatz Westbad

16.08.13 - 17:30 Uhr
SPD Langwasser: Eröffnung der Kirchweih
Festplatz U-Bahnhof Langwasser Süd. Reservierte Tische im Festzelt.

17.08.13 - 11:00 Uhr
Arif on Tour: Maxfeld
Schillerplatz

18.08.13 - 14:00 Uhr
Infostand zur Kirchweih
Glogauer Straße, Höhe U-Bahnhof Langwasser-Süd

23.08.13 - 15:00 Uhr
Arif on Tour: Nordbahnhof
„WeZ-Zentrum" Josephsplatz

24.08.13 - 11:00 Uhr
Arif on Tour: Ziegelstein
Fritz-Munkert-Platz

Bei Umzug Anschriftenberichtigungskarte! Bei Unzustellbarkeit Anschriftenberichtigungskarte!
Bei Mängeln in der Anschrift Anschriftenberichtigungskarte!

Ausgabe 08 / 2013

SPD Nürnberg - Karl-Bröger-Straße 9 - 90459 Nürnberg

Termine

30.08.13 - 15:00 Uhr
Arif on Tour: Boxdorf
Boxdorfer Hauptstraße

30.08.13 - 16:00 Uhr
SPD Gibitzenhof-Werderau: Fraktion vor Ort
Ort wird bekannt gegeben

31.08.13 - 11:00 Uhr
Arif on Tour: Johannis
Vor der Friedenskirche

2.09.13 - 19:30 Uhr
SPD Hasenbuck: Rote Runde
Gasthof SÜD, Ingolstädter Str. 51

3.09.13 - 19:00 Uhr
SPD Gibitzenhof-Werderau: Aktiven-Treff
Kleingartenverein – Biergarten, Wacholderweg 11

3.09.13 - 19:30 Uhr
SPD Laufamholz: Mitgliedertreffen
Sportheim Laufamholz, Schupferstrasse 81

3.09.13 - 19:30 Uhr
SPD Reichelsdorf: OV-Treffen
SVR-Sportgaststätte, Schlößleinsgasse 9

Bürgermedaillen der Stadt Nürnberg 2013 verliehen

Nach Vorschlägen des Oberbürgermeisters und der Fraktionen ehrte die Stadt Nürnberg im Rahmen einer festlichen Sondersitzung des Ältestenrats am Stadtgründungstag, den 16. Juli, in diesem Jahr folgende Bürger mit ihrer zweithöchsten Auszeichnung: **Werner Behringer, Bertold Kamm, Klaus Schamberger, Dr. Karl-Heinz Thume.**

Mit der Bürgermedaille der Stadt Nürnberg werden seit 1960 Nürnberger Bürgerinnen und Bürger geehrt, die sich besondere Verdienste um die Stadt Nürnberg erworben haben. Sie ist aus Gold und hat die Form einer Münze. Auf der Vorderseite ist das große Nürnberger Stadtwappen mit der Umschrift „Stadt Nürnberg" eingeprägt, auf der Rückseite der Name des oder der Geehrten mit den Worten „Für hervorragende Verdienste". Bislang wurden 199 Personen mit der Bürgermedaille ausgezeichnet.

Bertold Kamm, der auf Vorschlag der SPD die Auszeichnung verliehen bekam, hat sich jahrzehntelang u. a. in der Sozialarbeit bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO), in ehrenamtlichen Tätigkeiten und in politischen Ämtern für den schwächeren Teil der Gesellschaft eingesetzt. Er war über viele Jahre für die SPD in den wichtigsten Gremien vertreten. Geprägt von einem politisch engagierten Elternhaus und dem Leid, das er in der NS-Zeit erlebte, war und ist es Bertold Kamm ein großes Anliegen, seine Erfahrungen mit der Unterdrückung und Verfolgung durch die Nationalsozialisten an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben. Wir gratulieren Bertold Kamm und den anderen Preisträgern zu dieser besonderen Auszeichnung sehr herzlich! ■

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang September 2013!